Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 10. Abendblatt. Montag, den 7. Januar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 6. Januar. Die im Herrenhaus demnächst zur Verhandlung kommende Vorlage wegen Erweiterung des Landtags durch die Abgeordneten der neuen Provinzen hat den Zeitungen zu mancherlei Kombinationen und Behauptungen Anlaß gegeben, welche in den thatsächlichen Verhältnissen nicht begründet sind. Man behauptet, das Herrenhaus werde die Vorlage in ihrer jetzigen vom Abgeordnetenhaus genehmigten Form nicht annehmen, sondern auf einer gleichzeitigen entsprechenden Erweiterung des Herrenhauses bestehen, und beruft sich zur Begründung dieser Vermuthung auch auf die Deduktionen der „Kreuzzeitung." Nun mag wohl bei einigen Mitgliedern des Herrenhauses eine solche Intention bestehen, diese könnte vielleicht auch in der Kommission die Majorität erlangen, von einer Absicht der Regierung, in solchem Fall den Gesetzesvorschlag zurückzuziehen, ist jedoch Nichts bekannt und nach der bisherigen Haltung des Herrenhauses ist kein Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß ein Beschluß im Plenum die Majorität erhalten werde, welcher der Regierungs-Politik Schwierigkeiten bereiten würde. Die Nöthigung zu einer Sommersession dürfte also aus dieser Frage nicht erwachsen; der Schluß dieser Session wird aber nicht vor Ende d. Mts. zu erwarten sein, da die erste Berathung am 8. d. M. und die nach der Verfassung nothwendige zweite Berathung erst nach Verlauf von 21 Tagen stattfinden kann. — Die „Rhein. Ztg." wies kürzlich mit großer Entrüstung den ihr gemachten Vorwurf einer preußenfeindlichen landesverrätherischen Haltung zurück; wenn aber eine Zeitung tagtäglich Nachrichten bringt, die nicht allein die Lage des Vaterlandes dem Auslande gegenüber in ungünstigem Lichte erscheinen lassen, sondern noch überdies positiv unwahr und augenscheinlich erfunden sind, wenn eine Zeitung sichtbares Behagen daran findet, dem eigenen Staate gegenüber alle möglichen Gefahren und Verlegenheiten von außen heraufzubeschwören, die eben nur die Phantasie eines verbissenen galligen Vaterlandsfeindes ausfindig machen kann, so ist doch den Lesern zu Viel zugemuthet, wenn sie in solchen böshaften Erfindungen noch Patriotismus erkennen und sich nicht mit Ekel von solchen traurigen Verirrungen der Preßspekulation abwenden sollen. Die „Rhein. Ztg." hat in ihrem blinden Haß gegen das Vaterland nicht einmal so viel Takt, zu fühlen, daß selbst der Beweis der Wahrheit, wenn er zu bringen wäre, sie nicht von dem Vorwurf unpatriotischer Haltung befreit, der in ihren wiederholten schadenfrohen Berichten von drohender Haltung Frankreichs und dessen Kompensations-Ansprüchen, sowie von dem angeblich ungünstigen Stand der Zollverhandlungen zu Wien begründet ist. Ein patriotisches Blatt würde solche ungünstige Nachrichten nicht verbreiten, selbst wenn sie begründet wären, noch viel weniger aber sie ohne thatsächliche Veranlassung improvisiren. Die „Rhein. Ztg." kann sich auch rühmen, selbst unter ihren demokratischen Kolleginnen das einzige würdige Organ solcher Sensationsschilderungen der französischen Kompensations-Ansprüche und der von Oesterreich, Sachsen und Baiern drohenden Konspiration in der Zollfrage zu sein. Was kann der Zweck solcher Erfindungen sein? Soll Preußen damit stärker gemacht werden, oder soll das Ausland sich darüber freuen? Oder soll etwa damit die Unfähigkeit des Grafen Bismarck für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten bewiesen werden, damit die Herren Freese, May und Classen-Cappelmann an das Staatsruder gelangen können? — Die Bundes-Bevollmächtigten sind heute wieder zu einer Sitzung zusammengetreten.

— Der Herrenmeister des Johanniter-Ordens, Prinz Karl von Preußen Königliche Hoheit, hat angeordnet, daß das an den Kanzler des Johanniter-Ordens, Grafen zu Stolberg-Wernigerode gerichtete Schreiben Ihrer Majestät der Königin veröffentlicht werde. Es lautet wie folgt:

Der Bericht über die Leistungen des Johanniter-Ordens, den Sie an Mich gerichtet haben, giebt Mir nicht nur eine erfreuliche Veranlassung, dem Danke, den Se. Majestät der König hochherzig ausgesprochen hat, Meinen persönlichen Dank anzuschließen, für die Thränen, welche zu trocknen, für die Wunden, welche zu heilen und für die Noth, welche zu mildern den Rittern vorbehalten war, sondern es berechtigt Mich auch zu dem Ausdrucke wahrer Freude, daß der ursprüngliche christliche Beruf einem Orden wiedergegeben ist, der bereits in zwei Kriegen unter Ihrer Leitung treu seine erhabene Pflicht erfüllte.

Berlin, 21. Dec. 1866. (gez.) Augusta.

In Folge Beschlusses des Kapitels des Johanniter-Ordens wird der Bericht über die Thätigkeit des Johanniter-Ordens während des Krieges von 1866 veröffentlicht. Man ersieht daraus, daß am 10. Mai 1866 bereits die leitenden Ritter der ausländischen Genossenschaften von dem Herrenmeister, Prinzen Karl, aufgefordert worden, „den Rittern ihrer Genossenschaft auszusprechen, wie Se. Kgl. H. von Ihnen erwarte, daß sie im Falle eines Krieges in ihrem Vaterlande ihre Ordenspflichten durch Fürsorge für die Verwundeten und Kranken nach besten Kräften erfüllen würden". Am 15. Mai erließ Se. Kgl. H., der Herrenmeister, an die sämmtlichen preußischen Ordensmitglieder den entsprechenden Aufruf. Der Lazarethbericht spricht es aus, daß jetzt kaum noch ein preußischer Verwundeter im Auslande sich befinden dürfte, mit Ausnahme vielleicht des einen oder anderen besonders schweren Falles.

— Der Erbprinz von Augustenburg hat nach der vollzogenen Einverleibung der Herzogthümer in den preußischen Staat an die Schleswig-Holsteiner folgende Ansprache gerichtet: Schleswig-Holsteiner! Während einer ernsten und wechselvollen Zeit haben wir in fester Gemeinschaft ein großes Ziel erstrebt. Es galt eine nationale Pflicht zu erfüllen, die Herzogthümer von der Fremdherrschaft zu befreien und die von unseren Vorfahren gesetzten Grenzen Deutschlands zu retten. Wir preisen Gott, daß er unsere Bestrebungen segnete. Mochten wir auch verhindert werden, zum zweiten Male mit den Waffen für unsere Freiheit einzutreten, so war es doch unser erster ruhmreicher Befreiungskampf, Euer fester Widerstand in langen und trüben Jahren, es war mein Recht, welche den Waffen Oesterreichs und Preußens die Bahn brachen und unserer Losung: Frei von Dänemark! den endlichen Sieg errangen. Wir konnten unsere nationale Pflicht dadurch erfüllen, daß wir für das Recht des Landes auf Selbstständigkeit eintraten. Ihr wißt es, daß nicht persönlicher Ehrgeiz, sondern nur das Bewußtsein meiner Pflicht mein Handeln bestimmt hat. Die freiheitliche Entwickelung des Landes war gesichert durch eine Verfassung, an die sich für uns theuere Erinnerungen knüpften. Ihr waret einig mit mir darin, daß Schleswig-Holstein allen Anforderungen genügen müsse, welche die bundesstaatliche Einigung Deutschlands an uns stellen mochte. Ja selbst, als es sich darum handelte, Schleswig-Holstein in ein einseitiges Verhältniß zu Preußen, als der Vormacht in Norddeutschland, zu bringen, habe ich, Eurer Zustimmung gewiß, dem Könige von Preußen schon im ersten Monate des Krieges aus freien Stücken Anerbietungen gemacht, welche damals zu einer vollkommenen Verständigung zwischen dem Könige und mir führten. Ein blutiger Kampf hat die Verfassung Deutschlands gesprengt und, obgleich wir nicht in Waffen standen, obgleich die innere Selbstständigkeit Schleswig-Holsteins mit den neuen Formen, die man für Norddeutschland zu schaffen sucht, verträglich ist, unser Landesrecht niedergeworfen. Ich kann das Unrecht, welches den Herzogthümern widerfährt, nicht befördern. Ich werde daher mein und des Landes Recht verwahren. Und wenn Nordschleswig der dem Auslande verheißene Kaufpreis ist, um an uns ein Unrecht begehen zu dürfen, so will ich wenigstens das Recht der Nordschleswiger, bei Schleswig-Holstein zu bleiben, und das Recht Deutschlands auf Nordschleswig aufrecht erhalten. Aber ich bin außer Stande, das Landesrecht gegenwärtig mit Wirksamkeit zu vertheidigen oder Euch gegen die Gefahren, mit welchen die Gewalt jedes thatsächliche Eintreten für dasselbe bedroht, zu schützen. Ich darf daher die Gewissen nicht beschweren und gebe Euch hiermit alle Verpflichtungen zurück, welche Ihr einzeln oder in Gemeinschaft durch Eide, Gelöbnisse oder Huldigungen gegen meine Person übernommen habt. Ich kann Euch daher auch nicht zu einem bestimmten Handeln auffordern, und es bedarf dessen nicht. In langen Kämpfen habt Ihr stets die Ehre des Landes aufrecht erhalten. Die Pflichten gegen Deutschland und Schleswig-Holstein werden auch in Zukunft der Leitstern Eures Handelns bleiben. Schleswig-Holsteiner! Was auch die Zukunft bringen möge, wir dürfen auf die Vergangenheit mit dem Bewußtsein zurückblicken, einen guten Kampf gekämpft zu haben. Trotz aller Verlockungen habt Ihr den Ruhm der alten Holstentreue rein erhalten. Euere Treue und Liebe machten mir die Prüfungen dieser Jahre leicht. Die Zeit und die Wandlungen derselben werden das Band der Liebe und des Vertrauens, welches zwischen uns besteht, nicht lockern. Für alle Zeiten werde ich mit dem Glücke und Unglück Schleswig-Holsteins mit allen Fasern meines Herzens verwachsen bleiben. Gott behüte Euch! Gott segne unser theueres Vaterland! Baden, den 2. Januar 1867.

Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein.

— Ueber das neueste Stadium der orientalischen Frage schreibt man der „Post" von Wien am 3. Januar:

Dem Vernehmen nach ist der französische Botschafter angewiesen, um auch die betreffende Mitwirkung Oesterreichs zu sichern, die Grundzüge eines zwischen Frankreich und England im Wesentlichen schon kombinirten Aktes hier vorzulegen, der darauf berechnet sein würde, unter bestimmten Voraussetzungen, welche sich auf die Lage der christlichen Bevölkerungen der Türkei beziehen, der Pforte eine ausdrückliche Garantie ihres gesammten Besitzstandes eventuell durch sämmtliche Großmächte anzubieten und gleichzeitig speziell in Athen den ganzen Einfluß dieser Mächte zur Hintanhaltung jeder materiellen oder moralischen Agitation zu „nationalen" Zwecken innerhalb des ottomanischen Reiches einzusetzen sich anheischig macht.

— Bei der sächsischen ersten Kammer hat der Abgeordnete der Universität Leipzig, Professor Dr. Heinze, den Antrag eingebracht, daß die Ständeversammlung die hohe Staatsregierung ersuchen möge, noch während der gegenwärtigen Berliner Militär-Konferenzen auf die Errichtung eines ständigen Bundesgerichts für den norddeutschen Bund im Anschluß an Paragraph 126 und 127 des Reichsverfassungs-Entwurfs vom 28. März 1849 hinzuwirken.

— Die städtischen Kollegien von Osterode (Hannover) haben am 3. einstimmig beschlossen, eine vom Bürgermeister beantragte und entworfene Ergebenheits-Adresse an den König Wilhelm überreichen zu lassen.

— Der „Elberf. Z." schreibt man: Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß nach dem Kriege keine Juden die Bestätigung zu Landwehroffizieren bekommen hätten. Der König soll über das Gerücht sehr aufgebracht gewesen sein. Es ist thatsächlich durch die Ernennung von jüdischen Offizieren widerlegt; bei sonst gleichen Bedingungen hat wie vor dem Feinde kein Unterschied zwischen Juden und Christen stattgefunden.

— Es bestätigt sich, daß von einflußreicher Seite Schritte und wie man glaubt, mit Aussicht auf Erfolg, gethan werden, um sowohl dem Gesetz wegen der Wahlen zum Abgeordnetenhause in den neuen Provinzen, als auch dem Genossenschaftsgesetze in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Form die Zustimmung des Herrenhauses zu sichern, dessen bevorstehende Sitzungen dadurch ein erhöhtes Interesse gewinnen.

— Auf Anordnung der General-Inspektion der Artillerie sollen diejenigen Sekonde-Lieutenants der Waffe, welche während der Dauer des letzten Feldzuges wegen besonderer Auszeichnung vor dem Feinde aus dem Unteroffizierstande zu ihrer Charge befördert wurden, einem einjährigen Kursus auf der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule beiwohnen.

— Gemäß den Feststellungen der Bevölkerungsverhältnisse nach der letzten Volkszählung sind vom 1. Januar ab wieder mehrere Städte, deren Einwohnerzahl jetzt über 10,000 gestiegen, zu Garnisonstädten 1. Klasse erhoben worden, was bekanntlich bei der Feststellung des Servises von Einfluß ist.

— Die Kommission des Herrenhauses hat die Annahme des Gesetzes wegen Vermehrung der Zahl der Abgeordneten empfohlen. Die Annahme desselben seitens der Majorität des Hauses wird als gesichert betrachtet.

— In der griechisch-türkischen Angelegenheit haben Verabredungen zwischen den Westmächten stattgefunden, nach welchen sie nur dann interveniren werden, wenn Rußland sich einmischen sollte, was vorerst unwahrscheinlich ist.

— Eine zahlreich besuchte Wählerversammlung des dritten Wahlbezirks (Luisenstadt u. s. w.), die am Freitag im Lohmannschen Saale in der Alexandrinenstraße stattfand, beschloß, den Frhrn. v. Moltke als ihren Kandidaten für die Reichstagswahlen aufzustellen; es wurde von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß ein Mann, der durch seine genialen Pläne für das Schlachtfeld so viel für die Begründung des norddeutschen Bundes gethan, nicht im Reichstag fehlen dürfe, und Berlin seine hohen Verdienste bei mehreren feierlichen Gelegenheiten anerkannt habe.

— Aus Berlin wird dem „Fr. Journ." berichtet, daß die von der Mehrzahl des früheren gesetzgebenden Körpers in Frankfurt a. M. abgefaßte Petition dem Ministerpräsidenten durch Vermittelung des Herrn Geheimrath Wagner überreicht worden sei. Eine persönliche Ueberreichung an den Ministerpräsidenten war unthunlich, dagegen hatte der Abgesandte des gesetzgebenden Körpers bei dem Minister des Innern eine Audienz. Gutem Vernehmen nach ist Aussicht vorhanden, daß die Angelegenheit der Frankfurter Stadtverfassung in wenig Wochen definitiv geordnet sein wird. Auch ist die begründete Hoffnung, daß das Wahlgesetz der preußischen Städteordnung (Dreiklassensystem) hier nicht eingeführt wird, vielmehr Rücksicht genommen werden wird auf die Wünsche der Frankfurter Bürgerschaft.

Hannover, 4. Januar. Etwa 300 Offiziere — die Hälfte der vorhandenen — sollen, der „Ztg. f. N." zufolge, zum Eintritt in den Dienst sich gemeldet haben. Da die gestellte Frist noch 10 Tage läuft, so ist zu erwarten, daß die größte Mehrzahl der Uebrigen dem Beispiel folgen wird.

— Die „N. Hann. Z." bezeichnet den ehemaligen hannoverschen Lieutenant v. Scriba als einen der Hauptwerber, welcher dienstpflichtige Hannoveraner zu verlocken sucht, nach England zu desertiren. Dieser Herr v. Scriba soll mit dem Hofe in Hietzing in Verbindung stehen und auch vom Grafen Blome in London protegirt werden.

Hamburg, 4. Januar. Vorgestern ist Herr R. M. Sloman im Alter von 84 Jahren gestorben, nachdem ihm erst kürzlich das seltene Glück zu Theil geworden war, die Feier seines sechszigjährigen Hochzeitstages zu begehen. Er war der Gründer und Eigner der transatlantischen Packetschifffahrtslinie, welche gegenwärtig durch eine Flotte von 18 vortrefflichen Segelschiffen unterhalten wird. Er war es ferner, welcher das erste Dampfschiff von Deutschland unter Hamburger Flagge nach Nordamerika in Fahrt setzte. Der Verstorbene war mehrmals Alterspräsident der Bürgerschaft.

Leipzig, 4. Januar. Es ist seit undenklicher Zeit das erste Mal, daß die hiesige Neujahrsmesse, welche sonst immer gleich nach den Weihnachts-Feiertagen zu beginnen pflegte, diesmal erst am 2. Januar ihren Anfang genommen hat. Es zeigt die Fremdenliste eine beträchtlichere Anzahl von Ankömmlingen, als man vielleicht erwarten zu dürfen glaubte; ohne Zweifel darf man daraus den Schluß ziehen, daß die mannigfachen Umstände und Zufälle, welche auf die letzte Michaelis-Messe so außerordentlich störend einwirkten, im Laufe der letzten Monate ihre Kraft und ihren Einfluß verloren haben.

Karlsruhe, 1. Januar. Die „Karlsr. Ztg." enthält einen Artikel uber die Reform-Bedürfnisse Badens. Der Anerkennung, daß noch Lücken in dem System auszufüllen seien, ist das gegenwärtige Ministerium nicht abgeneigt. Aber vor der Gefahr der Ueberstürzung wolle man sich hüten. „Wenn eine der zahlreichen Klagen, die über unsere Reform-Gesetzgebung laut geworden sind, begründet sein sollte, so ist es vielleicht diejenige, daß die Abänderung bestehender Gesetze bei uns zu schnell erfolge. Damit sie fruchtbringend werde, bedarf jede Gesetzgebung einer gewissen Zeit; sie muß sich bei der Bevölkerung einbürgern und im Volke lebendig werden und festwurzeln."

Mannheim, 1. Januar. Heute früh ertönte vom Rhein her ein Donner der Geschosse, welcher fast an die Tage von 1849 erinnerte, aber freudigere Veranlassung hatte und sinnigere als das unsinnige Schießen in vergangener Nacht, bei welchem wieder mehrere, und zwar auch schwere Verwundungen vorfielen. Es handelte sich um die Befreiung des Rheins von Abgabenlasten. Es wird in Folge dessen und wahrscheinlich auch der sonstigen politischen Gestaltung mit der gegenwärtig hier residirenden Rheinschifffahrts-Kommission eine Aenderung vorgehen und Mannheim, wie wir aus guter Quelle hören, die längste Zeit der Sitz derselben gewesen sein.

Ausland.

Pesth, 3. Januar. Pesti Naplo nennt die erflossene Wehrverordnung eine tief in die Verfassungs-Frage einschneidende Of-

troyirung und befürchtet, dieselbe werde für das Ausgleichswerk verhängnißvoll werden.

Brüssel, 5. Januar. Großes Aufsehen machen die heute bekannt gewordenen Erklärungen der Minister des Auswärtigen und der Finanzen in der Sitzung vom 28. Dezember der Ersten Kammer der holländischen Generalstaaten, welche den belgischen Minister Rogier einen Revolutionär nannten und sein Verfahren in der Schelde-Angelegenheit als unschicklich bezeichneten. Man fürchtet, daß es zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgien und Holland kommen könnte.

Paris, 3. Januar. Der heutige „Moniteur" giebt ein Resumé der neuesten im Kriegsministerium eigegangenen Berichte aus Mexiko. Sie reichen nur bis zum 1. Dezember, bis zu welchem Datum Maximilian noch nicht wieder in Mexiko angekommen war. Die Berichte über die Militäroperationen sind, wie der „Moniteur" ausdrücklich bemerkt, nur von untergeordneter Wichtigkeit, da die Bewegungen der französischen Truppen keinen anderen Zweck mehr haben, als die Heimkehr derselben nach Frankreich vorzubereiten und die Banden in Respekt zu halten, welche sie auf diesem Marsche etwa zu beunruhigen suchen sollten. General Douay traf von Queretaro in Mexiko ein und sollte in den nächsten Tagen mit seiner Division nach Puebla weiter marschiren. Gleichzeitig langten Detachements aus San Luis Potosi in der Hauptstadt an. General Castagny marschirte von Guadalajara nach Topic, wo auch die Garnison von Mazatlan erwartet wurde; General Aymard war von Tehuacan bei Perote eingetroffen, wo er ein Dissidentenkorps zerstreute, General Clinchant befand sich in Orizaba. Die Kommunikationslinie mit Veracruz und die Eisenbahn sollen gegen feindliche Handstreiche völlig gesichert sein; der Gesundheitszustand der Truppen wird als befriedigend geschildert.

— Die Eröffnung der Session des gesetzgebenden Körpers soll nun definitiv auf den 4. Februar angesetzt sein. Von der Thronrede glaubt man, daß sie eben so friedlich ausfallen wird, wie die Neujahrsrede. Was die mexikanische Frage betrifft, so macht Hr. Rouher sich Hoffnung, mit Hülfe der Majorität sie rasch über's Knie zu brechen, da sie nun völlig abgethan und nichts mehr zu ändern ist. In der deutschen Frage wird natürlich Hr. Thiers wieder versuchen, den Kaiser des Verraths an Frankreich zu zeihen, weil er nicht verhindert hat, daß Preußen größer geworden ist und daß Deutschland möglicher Weise wie Italien einig wird; hier soll aber Hr. Rouher entschlossen sein, die feige und abgelebte Politik des orleanistischen Ministers auf das nachdrücklichste zu geißeln und der Hoffnung leben, ihn mit Glanz in seine Siebenschläferhöhle heimzuleuchten. Was endlich das Heeresreorganisationsprojekt betrifft, welches mit einigen Milderungen, angeblich von dem Kaiser selbst vorgeschlagen, aus den Berathungen des Staatsrathes hervorgehen wird, so scheint man von der Majorität durchaus nicht die Annahme in Bausch und Bogen zu verlangen, will ihr vielmehr eine gewisse Freiheit der Entschließung lassen, wofür sie dann aber auch die Verantwortlichkeit vor dem Lande zu tragen hätte.

— Das Kriegsministerium ertheilte dem Gemeinderath der Stadt Paris auf sein Gesuch, die Ringmauer an ein Paar Orten zur Erweiterung der Boulevards durchbrechen zu dürfen, die Antwort: „die Zukunft sei nicht so gesichert, daß ein europäischer Brand unmöglich erscheine. Von Seiten des Staats werde es daher sehr unklug sein, die nationalen Vertheidigungsmittel zu schwächen.

London, 2. Januar. Nach einer amerikanischen Korrespondenten der „Times" ist es wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten Napoleon in Betreff des Zurückziehens seiner Truppen aus Mexiko seinen Willen lassen werden, und obgleich der Aufschub im März die Stimme des Publikums gegen sich hat, so sind doch die Gründe, die die französische Regierung bestimmen, die Truppen alle zugleich fortzunehmen, damit nicht zuletzt schwache Detachements von den Liberalen mit überlegener Macht angegriffen werden, triftig genug und schwer zu widerlegen. Die Amerikaner werden sich daher Angesichts so gewichtiger Veranlassungen beruhigen, wofern sie die Versicherung haben, daß der Rückzug der Truppen, wie er jetzt projektirt ist, ehrlich zur Ausführung gebracht wird. Zu einer Störung in den diplomatischen Beziehungen beider Mächte liegt durchaus kein hinreichender Grund vor.

— In der ersten Januar-Nacht wurde London von einem Schneefall von hier sehr seltener Stärke heimgesucht. Noch seltener hält sich der Schnee so lange wie dieses Mal. In diesem Augenblicke, Mittwoch Abend, sind alle Dächer und Straßen noch weiß, und es herrscht selbst in den belebtesten Theilen Londons die Stille eines deutschen Landstädtchens, denn englische Kutscher, Pferde und Hufeisen sind auf solches Wetter nicht eingerichtet. Man sieht oft eine englische Meile weit keinen einzigen Wagen, nur dann und wann einen Cab, der sich mit Vorspann durch den Schnee schleppt.

— Aus Dublin werden wieder mehrfache Verhaftungen und Beschlagnahmen gemeldet. Ein zahlreiches Korps wohlbewaffneter Polizeimannschaften drang in das Haus eines Gärtners, der in der „fenischen Armee" den Rang eines Obersten behaupten soll und fanden dort nach gründlicher Haussuchung zwei Fässer voll Patronen, ein Faß Pulver und eine Anzahl Flaschen mit griechischem Feuer. Der „Oberst" wurde in Gewahrsam gebracht. Außer ihm nahm die Polizei noch sechs andere Fenier fest, die im Laufe der vergangenen Nacht über dem Gießen von Kugeln erwischt wurden. Zwei Kugelzangen, einige achtzig Kugeln und gegen hundert Pfund Blei wurden bei dieser Gelegenheit konfiszirt. Ob auch diese Gefangenen hohe Stellen in der Armee des Bundes bekleiden, ist nicht bekannt, ihrer Stellung im bürgerlichen Leben nach ist der eine ein Schornsteinfeger und die übrigen Tagelöhner. Auch amerikanische Ankömmlinge sind wieder neuerdings mehrfach inhaftirt worden, doch scheint sich nichts von Bedeutung bei ihnen vorgefunden zu haben. Dublin, sowie die ländlichen Distrikte sind fortwährend ruhig.

Abyssinien. Man schreibt der „Kr.-Ztg.": Der König Theodoros, wie von einem bösen Geiste getrieben, wird immer grausamer und despotischer. Am 1. August habe er die Gefangenen in Magdala ermorden lassen — so ging das Gerücht, das sich aber bisher nicht bestätigte. Inzwischen hat der Missionar Flad von der edlen und versöhnlichen Königin von England die Erfüllung aller Bedingungen erlangt, welche Theodorus zur Freilassung der Gefangenen stellte, und ist in Massowa am Eingange von Abyssinien angekommen. Es scheint aber, daß die Rebellen alle Wege zu dem Könige verschlossen haben. Nach den neuesten Berichten sollen sie ihm nur noch eine Provinz übrig gelassen haben. Ein mächtiger Fürst, Gobasin von Tigre, steht ihm mit einer großen Heeresmacht gegenüber. Von ihm sagt man, daß er noch grausamer sei, als Theodoros. Es stehen also die gefangenen Europäer, ja, wohl alle Ausländer aus Europa in großer Gefahr, da man noch nicht weiß, wie Gobasin sich im Falle des Sieges verhalten wird. Vermuthlich werden die Missionare, wenn sie Abyssinien verlassen müssen, zu den Galla ziehen, deren Sprache einige bereits verstehen, oder sich in der Nähe von Abessinien niederlassen, um die bekehrten Abyssinier zu pflegen und neuen Boden für ihr wohlthätiges Wirken zu suchen. Nach dem letzten Briefe Flads vom 6. November sitzen jetzt alle Europäer, auch ihre Frauen und Kinder, auf der Festung Magdala gefangen; der englische Gesandte und der englische Konsul, so wie die Missionare Stern und Rosenthal tragen schwere Fußfesseln und Allen zusammen droht der Tod durch Hunger. Und trotzdem hat sich bisher die englische Regierung nicht entschließen können, entscheidende Maßregeln zu ergreifen. Unter den Gefangenen befinden sich auch solche, die zum norddeutschen Bund und speziell zu Preußen gehören. Einige englische und preußische Regimenter würden wohl bald der Barbarei jenes Wüthrichs ein Ende machen und im Stande sein, Ordnung und Civilisation in dem von der Natur so reich ausgestatteten Abyssinien einzuführen.

Pommern.

Stettin, 7. Januar. Zu der heute begonnenen ersten diesjährigen Schwurgerichtssitzungs-Periode sind als Geschworene einberufen: die Kaufleute Eickstaedt, L. Fretzdorff, Ferd. Jahn, Jul. Kettlitz, Aug. Köhlau, H. Ludendorf jun., Herm. Range, Th. Hellm. Schröder, Heinr. Stolting, G. A. Töpffer, Th. Wehmer, Rentier W. Elsasser, Th. Fuchs, Gust. Malbranc, Uhrmacher Knodel, Zimmermeister Leo Wolff, sämmtlich von hier, Gutsbesitzer Gloxin aus Jädersdorf, Rentier Heyer aus Greifenhagen, Domänenpächter Kielemann aus Kehrberg, Gutsbesitzer Prätorius aus Roderbeck, Freischulze Preuß aus Wyrow, Kaufmann Witte aus Bahn, Kreisschulze Bartelt aus Glasow, Gutsbesitzer Bismarck aus Neuhaus, Schulze Darwitz und Bauergutsbesitzer Grundmann aus Mandelkow, Gutsbesitzer Girmershausen aus Scheune, Rittergutspächter Meyer aus Cummerow, Rittergutsbesitzer v. Ramin aus Schmagerow und Rittergutspächter Otto Rohrbeck aus Schloß Penkun. Von denselben wurden die Gutsbesitzer Prätorius und v. Ramin wegen bescheinigter Krankheit für die Dauer der Sitzungsperiode von der Theilnahme an den Sitzungen dispensirt.

Die für die heutige Sitzung bestimmte Verhandlung der Anklage wider den Eigenthümer Küster aus Bredow wegen Meineides mußte wegen Ausbleibens des Hauptzeugen, Pferdehändlers Lewin, dessen zeitiger Aufenthalt bisher nicht hat ermittelt werden können, vertagt werden. Einen Antrag des Vertheidigers des Angeklagten, letzteren vorläufig auf freien Fuß zu setzen, lehnte der Gerichtshof ab. Dagegen soll die Sache, wenn irgend möglich, noch in dieser Sitzungsperiode verhandelt werden.

Sodann wurde ohne Mitwirkung der Herren Geschworenen zur Kontumazial-Verhandlung der in einer der früheren Sitzungsperioden vertagten Anklage wider den inzwischen bekanntlich flüchtig gewordenen Kaufmann Paul Julius Eduard Wellmann von hier geschritten. Es ist bekannt, daß der Angeklagte, welcher vermöge seines luxuriösen Auftretens hier allgemein als ein wohlhabender, gut situirter Kaufmann galt, sich durch die verschiedensten betrügerischen Manipulationen selbst zu einer Zeit, wo sein Vermögen schon längst nicht mehr zur Befriedigung seiner Gläubiger ausreichend war, noch fortgesetzt Kredit zu verschaffen gewußt und so das selbst von seinen nächsten Freunden und Bekannten in ihn gesetzte Vertrauen arg getäuscht hat, welche Handlungsweise der Herr Staats-Anwalt bei Motivirung seiner Straf-Anträge heute auch gebührend geißelte. Der Angeklagte, welcher am 10. Januar vorigen Jahres seine Zahlungen eingestellt hat, wurde durch den Spruch des Gerichtshofes für schuldig erachtet: 1) in der Absicht, seine Gläubiger zu benachtheiligen, seine Handlungsbücher so mangelhaft geführt zu haben, daß dieselben keine Uebersicht des Vermögenszustandes gewährten; ferner einzelne Theile seines Vermögens bei Seite geschafft und zur Verdeckung dieser Prozedur theilsweis erdichtete Rechtsgeschäfte in den Büchern eingetragen zu haben; 2) durch Ausschweifungen, Aufwand, Spiel rc. übermäßige Summen verbraucht, es auch in den Jahren 1861 bis 1865 gänzlich unterlassen zu haben, die erforderliche jährliche Bilanz seines Vermögens zu ziehen; 3) nach erfolgter Zahlungseinstellung einzelne Gläubiger zum Nachtheil der Masse vorzugsweise befriedigt und 4) sich nach dem 23. Oktober 1865 in drei verschiedenen Fällen der Urkunden-Fälschung und zwar dadurch schuldig gemacht zu haben, daß er drei mit den BlankoAccepten eines Geschäftsfreundes versehene Wechsel ohne dessen Wissen und sogar gegen dessen ihn vorher bestimmt zu erkennen gegebenen Willen auf Höhe von zusammen 36,000 Thlr. ausgefüllt und in Cirkulation gesetzt. Wegen dieser verschiedenen Verbrechen und Vergehen erkannte der Gerichtshof über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus auf eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren und 1000 Thlr. Geldbuße, event. noch 1 Jahr Gefängniß.

— Einem Arbeiter, der bereits mehrere Jahre in einem hiesigen Flachs- und Hanfgeschäfte konditionirte, war im Vertrauen auf seine Rechtlichkeit die Befugniß ertheilt worden, aus dem am Speicher vorhandenen Hanflager zu verkaufen und den Erlös dafür am Schlusse jeden Tages im Comtoir abzuliefern. Schon seit längerer Zeit war indessen gegen jenen Arbeiter der Verdacht rege geworden, daß er das in ihn gesetzte Vertrauen mißbrauche und sich der Unterschlagung eingezogener Geldbeträge schuldig mache, welcher Verdacht denn auch in Folge der fortgesetzten Beobachtungen in diesen Tagen seine vollständige Bestätigung gefunden und zur sofortigen Entlassung des Arbeiters geführt hat.

— Die neue Arzneitaxe für 1867 ist jetzt erschienen. Die ihr vorangehenden gesetzlichen Bestimmungen führen theilweise die bis jetzt verpönte Rabatt-Gewährung wieder ein, und zwar kann danach den Staats-, Gemeinde- und Krankenkassen ein Rabatt von 25 Prozent gewährt werden. Der Gegenstand hatte zu mannigfachen Controversen geführt.

— Am Dienstag Abend wird "Philippine Welser" zum Benefiz für Frau Heigel gegeben. Fräulein Clara Pigull'a aus Berlin, Schülerin des Herrn Hein, welche als erste Liebhaberin für das hiesige Theater engagirt ist, wird darin die Rolle der Philippine Welser übernehmen. Dem geehrten Publikum glauben wir einen genußreichen Abend versprechen zu können.

Stargard, 6. Januar. Wie verlautet, beabsichtigen die Stadtverordneten, bevor sie zur nochmaligen Bürgermeisterwahl schreiten, in einer Immediat-Eingabe an den Minister des Innern die Bestätigung des Herrn Syndikus Joseph aus Thorn nachzusuchen.

Neueste Nachrichten.

Petersburg, 5. Januar. Die „Senatszeitung" enthält drei Ukase. Der erste, vom 19. Dezember datirt, stellt die Postverwaltung im Königreich Polen dem russischen Postministerium unter, um eine bessere Postverbindung zwischen Rußland und Polen herzustellen. Der zweite Ukas theilt das Königreich vom 13. Januar c. ab statt der bisherigen 5 in 10 Gouvernements und 85 Kreise ein, und giebt den betreffenden Gouverneuren gleiche Rechte wie den russischen Gouverneuren. Der dritte Ukas führt vom 13. Jan. im Königreich Polen Gouvernements- und Distriks-Zahlämter ein, wie diese bereits in Rußland bestehen.

Petersburg, 5. Januar, Nachmittags. An den bei dem Polenaufstande in Sibirien Betheiligten ist jetzt das Urtheil, soweit es die Kaiserliche Bestätigung erhalten, vollstreckt worden. Von 7 zum Tode Verurtheilten erster Kategorie wurden 4 erschossen, die Uebrigen, sowie auch die Verurtheilten der anderen Kategorie zur Zwangsarbeit abgeführt. Von Körperstrafen sind Alle befreit geblieben.

Der „Russische Invalide" sagt: Das Ziel der jüngsten Kaiserlichen Ukase bezüglich der Reformen im Königreich Polen sei eine faktische Annäherung und eine Gleichstellung aller Beziehungen Polens mit denen Rußlands. Die Einheit der Verwaltung ermögliche in Polen die Einführung aller in Rußland eingeführten Verbesserungen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Wien, 7. Januar. Aus Konstantinopel, 5. Januar, wird gemeldet: Nach dem Kampfe bei Phonia sind 4500 flüchtige Insurgenten mit Weibern und Kindern von russischen Kriegsschiffen nach dem Pyräus gebracht. Aus Canäa, 1. Januar, wird berichtet: Koroneos hat sich nach dem Sphakiagebirge zurückgezogen, entschlossen, sich auf einer russischen Fregatte einzuschiffen. Auch der Insurgentenchef Zimbrakaki will den hoffnungslosen Kampf aufgeben. Die Zeitungsnachrichten über Thessalien sind übertrieben.

Paris, 6. Januar, Abends. Nach telegraphischen Berichten aus Wien vom heutigen Tage wird dort die Meldung des „Mémorial diplomatique" vom 4. d. Mts. betreffend angebliche Vorschläge des Wiener Kabinets an die Garantiemächte des Pariser Vertrages von 1856 in der orientalische Frage, formell dementirt.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Januar. Witterung: rauh und windig, dabei trübe. Temperatur — 3 ° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen fest behauptet, loco pr. 85pfd. gelber 80—91 Rt. bez., 86pfd. uckermärker und Januar-Februar lieferbar 90 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr und Mai-Juni $90\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, 90 Rt. bez., Br. u. Gd.

Roggen höher bezahlt, Schluß matter, pr. 2000 Pfd. loco 57, 58 Rt. bez., Frühjahr 57, $56\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. und Gd., Mai-Juni $57\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. schles. 49—$50\frac{1}{2}$ Rt. bez., 69—70pfd. Frühjahr $49\frac{1}{2}$, 50 Rt. bez. u. Br.

Hafer loco pr. 50pfd. 28—30 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 32 Rt. bez. u. Gd., $32\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Erbsen loco 55—58 Rt. bez., Frühjahr Futter- $58\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Rüböl wenig verändert, loco 12 Rt. Br., Januar $11\frac{1}{4}$ Rt. Br., $11\frac{3}{4}$ Rt. bez., April-Mai $12\frac{1}{3}$ Rt. Br., Septbr.-Oktober $12\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Spiritus anfangs fester, schließt matter, loco ohne Faß $16\frac{2}{3}$, $\frac{7}{12}$ Rt. bez., Januar-Februar $16\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., Frühj. $17\frac{5}{12}$, $\frac{1}{6}$ Rt. bez., $17\frac{1}{2}$ Rt. Br., 17 Gd., Mai-Juni $17\frac{1}{3}$ Rt. Br.

Angemeldet: 500 Ctr. Rüböl, 30,000 Qrt. Spiritus.

Stettin, den 7 Januar.

Berlin	kurz	—
"	2 Mt.	—
Hamburg	6 Tag.	$151\frac{3}{4}$ G
"	2 Mt.	151 bz
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{4}$ G
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 $23\frac{1}{2}$ B
"	3 Mt.	6 $21\frac{3}{4}$ B
Paris	10 Tg.	$80\frac{5}{6}$ G
"	2 Mt.	—
Bordeaux	10 Tg.	—
"	2 Mt.	—
Bremen	8 Tag.	—
"	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	89 G
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %
Sts.-Anl.5457	$4\frac{1}{2}$	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm.Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	89 G
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt.P.P.B.A. à 500 Rtl.	4	—
Berl.-St. Eis.-Act. Lt. A. B.	4	—
" Prior.	4	—
" "	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	$94\frac{3}{4}$ bz
" Prior.	4	—
Stett. Stdt-O.	$4\frac{1}{2}$	$97\frac{3}{4}$ G
Stett. Börsh.-Obligationen	4	—
St. Schausp.-Obligationen	5	—

Pom. Chauss.-bau-Obligat.	5	—
Used.-Wollin. Kreis-Oblig.	5	—
St. Str.-V.-A.	4	—
Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
Pr. See-Assec.-Comp.-Act.	4	—
Pomerania	4	111 G
Union	4	$101\frac{1}{2}$ G
St.Speich.-Act.	5	—
V.-Speich.-A.	5	—
Pomm. Prov.-Zuckers.-Act.	5	—
N. St. Zucker-Sieder.-Actien	4	—
Mesch. Zucker-Fabrik-Anth.	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühl-A.	5	—
St.Portl.-Cem.-Fabrik	4	—
Stett. Dampf-Schlepp-Ges.	5	250 B
Stett. Dampf-schiffs-Verein	5	—
N. Dampfer-C.	4	95 B
Germania	4	100 B
Vulkan	4	65 G
Stett. Dampf-mühlen-Ges.	4	101 G
Pommerensd. Chem. Fabrik	4	—
Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stettin. Kraft-Dünger-F.-A.	—	—
Gemeinnützige Bauges.-Anth.	5	—